

1717/J

der Abgeordneten Hans Peter Haselsteiner und PartnerInnen  
an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die Regelung eines den internationalen Standards entsprechenden  
Übernahmerechts

Im Zuge der Diskussion um den Verkauf der Bundesanteile an der Creditanstalt wurde einmal mehr deutlich, daß Österreich über keinen den internationalen Standards entsprechenden Minderheitenschutz verfügt. Soweit bekannt, enthielt keines der Angebote zur Übernahme der CA-Anteile ein Offert an die Minderheitsaktionäre. Alle europäischen Länder (außer Österreich und Griechenland) verfügen über gesetzliche Regelungen, die einen Minderheitenschutz vorsehen. In allen diesen Ländern ist ein Bieter, der ein Kaufangebot für ein Aktienpaket legt, das ihm die Kontrolle über die Ziel-AG bringt, verpflichtet, dieses Kaufoffert auch deren Minderheitsaktionären zu unterbreiten. Damit wird die Gleichbehandlung der Aktionäre gewährleistet und es können alle Aktionäre durch den freiwilligen Verkauf ihrer Aktien an den Bieter ebenfalls in den Genuß eines allfälligen Paketzuschlages kommen. Im Zuge des Verkaufs der Bundesanteile an der CA wurden die Minderheitsaktionäre aber nicht berücksichtigt, da es keine gesetzliche Verpflichtung zum Schutz der Minderheitsaktionäre gibt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgende

Anfrage

1. Glauben Sie, daß ohne rechtlichen Regelungen ein ausreichender Schutz der Minderheits- und Kleinaktionäre der Creditanstalt oder anderer Zielunternehmen bei Übernahmen gewährleistet ist?
2. Sehen Sie im Hinblick auf aktuelle Übernahmetransaktionen gesetzlichen Regelungsbedarf in diesem Bereich?
3. Ist es zutreffend, daß zur Verbesserung des internationalen Ansehens des Kapitalmarktes Österreich eine rasche gesetzliche Regelung im bezug auf Übernahmeangebote nach internationalen Standards dringend erforderlich ist?
4. Ist Ihnen bekannt, daß ein EU-Richtlinienvorschlag zur gesellschaftsrechtlichen Behandlung von Übernahmeangeboten existiert?
5. Wenn ja, sehen Sie darin einen zusätzlichen Grund zur raschen Schaffung einer gesetzlichen Regelung in diesem Bereich?
6. In welchen Gesetzen, die in Ihren Kompetenzbereich fallen, sehen Sie Möglichkeiten, den Intentionen des Richtlinienvorschlages gerecht zu werden?
7. Besteht die Absicht, dem Parlament eine Regierungsvorlage zu übermitteln, die einen Minderheitenschutz bei Übernahmen vorsieht? Wenn ja, wann?